**Entscheidung der ACER über den Umsetzungsrahmen der IN-Plattform:
Anhang I**

Umsetzungsrahmen einer europäischen Plattform für das IN-Verfahren

gemäß Artikel 22 der Verordnung (EU) 2017/2195 der Kommission
vom 23. November 2017 zur Festlegung einer Leitlinie über den
Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem

24. Juni 2020

Inhalt

In Erwägung nachstehender Gründe:	3
Artikel 1 Gegenstand und Anwendungsbereich	8
Artikel 2 Begriffsbestimmungen und Auslegung	8
Artikel 3 Grobstruktur der IN-Plattform	10
Artikel 4 Bestimmung der Übertragungskapazitätsgrenzwerte für die IN-Grenzen als Eingabe für den Optimierungsalgorithmus	12
Artikel 5 Der Zeitplan und der Fahrplan für die Umsetzung der IN-Plattform.....	13
Artikel 6 Funktionen der IN-Plattform.....	14
Artikel 7 Backup-Verfahren.....	15
Artikel 8 Governance	15
Artikel 9 Entscheidungsfindung.....	16
Artikel 10 Benennung einer Einrichtung.....	17
Artikel 11 Rahmen für die Harmonisierung der Modalitäten für die IN-Plattform	18
Artikel 12 Kostenkategorisierung und detaillierte Grundsätze für die Teilung gemeinsamer und regionaler Kosten.....	18
Artikel 13 Beschreibung des Algorithmus für den Betrieb der IN-Verfahrensfunktion	21
Artikel 14 Veröffentlichung und Umsetzung dieses INIF	23
Artikel 15 Sprache.....	23

In Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Dieses Dokument enthält eine Beschreibung des Umsetzungsrahmens einer europäischen Plattform für das IN-Verfahren (europäische Plattform für das IN-Verfahren, im Folgenden „IN-Plattform“) gemäß Artikel 22 der Verordnung (EU) 2017/2195 der Kommission vom 23. November 2017 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem (im Folgenden „EB-Verordnung“). Dieser Umsetzungsrahmen wird im Folgenden als „INIF“ bezeichnet.
- (2) Dieser INIF berücksichtigt die allgemeinen Grundsätze, Ziele und anderen Methoden, die in der EB-Verordnung, der Verordnung (EU) 2017/1485 zur Festlegung einer Leitlinie für den Übertragungsnetzbetrieb (im Folgenden „SO-Verordnung“) und der Verordnung (EU) 2019/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über den Elektrizitätsbinnenmarkt (im Folgenden „Elektrizitätsverordnung“) festgelegt sind, sowie die Verordnung (EG) Nr. 543/2013 vom 14. Juni 2013 über die Übermittlung und die Veröffentlichung von Daten in Strommärkten und zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 714/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (im Folgenden „Transparenzverordnung“).
- (3) Ziel der EB-Verordnung ist die Integration der Regelarbeitsmärkte. Die Integration der Regelarbeitsmärkte sollte durch die Einrichtung gemeinsamer europäischer Plattformen für die Anwendung des IN-Verfahrens und den Austausch von Regelarbeit aus Frequenzwiederstellungsreserven und Ersatzreserven unterstützt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Umsetzungsrahmen europäischer Plattformen für den Austausch von Regelarbeit aus Frequenzwiederstellungsreserven mit manueller („mFRR“) und automatischer („aFRR“) Aktivierung, Ersatzreserven („RR“) und das Imbalance-Netting-Verfahren („INP“) entwickelt werden.
- (4) Der INIF legt die Struktur, die Funktionsanforderungen, die Governance und die Kostenteilung für die IN-Plattform fest. Zusätzlich dazu enthält der INIF den Vorschlag für die Einrichtung, die die Funktionen der IN-Plattform durchführen soll. Die IN-Plattform muss die IN-Verfahrensfunktion sowie die ÜNB-Abrechnungsfunktion gemäß der Beschreibung in Artikel 22 der EB-Verordnung durchführen können.
- (5) Artikel 3 Absatz 128 der SO-Verordnung wird das IN-Verfahren als *„ein zwischen den ÜNB vereinbartes Verfahren [bezeichnet], das es ermöglicht, die gleichzeitige Aktivierung von FRR in entgegengesetzter Richtung zu vermeiden, wobei die jeweiligen FRCE sowie die aktivierten FRR berücksichtigt und die Beiträge der beteiligten FWP entsprechend korrigiert werden.“*
- (6) In Artikel 146 Absatz 9 der SO-Verordnung ist weiter angegeben: *„Wenn ein LFR-Block aus mehr als einer LFR-Zone besteht und die FRR-Kapazität wie auch die RR-Kapazität auf der Basis der Ungleichgewichte des LFR-Blocks berechnet werden, führen alle ÜNB desselben LFR-Blocks ein IN-Verfahren ein und tauschen die maximale Menge der IN-Leistung gemäß Artikel 146 Absatz 6 der SO-Verordnung mit anderen LFR-Zonen desselben LFR-Blocks aus.“*
- (7) In Artikel 146 Absatz 10 der SO-Verordnung ist Folgendes vorgesehen: *„Wird ein IN-Verfahren für LFR-Zonen verschiedener Synchrongebiete eingeführt, tauschen alle ÜNB die maximale Menge der IN-Leistung gemäß Artikel 146 Absatz 6 der SO-Verordnung mit anderen ÜNB desselben Synchrongebiets aus, die an dem IN-Verfahren teilnehmen.“*

- (8) Dieser INIF enthält die Ergebnisse gemäß Artikel 22 Absatz 1 und Artikel 22 Absatz 3 der EB-Verordnung und wird gemäß den Grundsätzen von Artikel 18 Absatz 3 Buchstabe b, Artikel 23, Artikel 37 Absatz 1, Artikel 58 Absatz 2 und Artikel 58 Absatz 4 der EB-Verordnung bereitgestellt.
- (9) Artikel 22 Absatz 2 der EB-Verordnung sieht vor, dass die IN-Plattform „*auf gemeinsamen Leitungsgrundsätzen und Geschäftsverfahren basieren und mindestens die IN-Verfahrensfunktion und die ÜNB-Abrechnungsfunktion umfassen*“ muss. Dieser INIF erfüllt diese Anforderungen, da gemeinsame Geschäftsprozesse des IN-Verfahrens sowie die ÜNB-Abrechnungsfunktion definiert werden. Auch die gemeinsamen Leitungsgrundsätze sind in diesem INIF festgelegt.
- (10) Mit diesem INIF werden die Anwendung des ÜNB/ÜNB-Modells und die in Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe a der EB-Verordnung geforderte Grobstruktur der IN-Plattform festgelegt. Die Grobstruktur umfasst die elementaren Grundsätze der IN-Verfahrensfunktion, einschließlich ihrer Nebenbedingungen.
- (11) In diesem INIF sind besondere Anforderungen an die Berechnung der Übertragungskapazitätsgrenzen an den IN-Grenzen formuliert. Für den Fall, dass eine IN-Grenze nicht einer Gebotszonengrenze entspricht, sollten die Übertragungskapazitätsgrenzwerte unendlich sein, und für den Fall, dass eine IN-Grenze einer Gebotszonengrenze entspricht, sollten die Übertragungskapazitätsgrenzwerte gleich den grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten sein. In einem ersten Schritt sollten die grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten auf den nach dem Ende der einzelnen Intraday-Verknüpfung verbleibenden grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten basieren und gegebenenfalls für aufkommende betriebliche Sicherheitsfragen innerhalb des relevanten Zeitbereichs und zur Berücksichtigung des Elektrizitätsaustauschs innerhalb des relevanten Zeitbereichs aktualisiert werden, u. a. für den RR-Leistungsaustausch sowie den manuellen und den automatischen FRR-Leistungsaustausch. Nachdem die Methode zur Berechnung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazität innerhalb des relevanten Zeitbereichs gemäß Artikel 37 Absatz 3 der EB-Verordnung festgelegt ist und angewandt wird, sollten im zweiten Schritt die grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten aus dieser Methode verwendet werden und nicht mehr die grenzüberschreitende Übertragungskapazität, die nach dem Ende der einzelnen Intraday-Verknüpfung verbleibt. Darüber hinaus kann für diesen INIF eine Änderung erforderlich werden, wenn die Methode gemäß Artikel 37 Absatz 3 der EB-Verordnung auch Auswirkungen auf den Aktualisierungsprozess hat oder zu anderen Änderungen an dem in diesem INIF vorgeschlagenen Konzept führt.
- (12) Nach Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe b der EB-Verordnung muss der INIF den Fahrplan und den Zeitplan für die Umsetzung der IN-Plattform enthalten, was mit den Fristen für die Inbetriebnahme der IN-Plattform gemäß Artikel 22 Absatz 5 der EB-Verordnung vereinbar sein sollte. Die Umsetzung der IN-Plattform bedeutet die Umsetzung aller nötigen IT-Systeme, um das IN-Verfahren durchzuführen. Mit diesem INIF wird die Schaffung der IN-Plattform mit dem zugehörigen Umsetzungsprojekt beschlossen, wofür auf die Erfahrungen und Erfolge aus bestehenden Umsetzungsprojekten und Initiativen zurückgegriffen wird.
- (13) Nach Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe c der EB-Verordnung müssen die für den Betrieb der IN-Plattform erforderlichen Funktionen festgelegt werden. Dieser INIF erfüllt diese Anforderung, da die IN-Verfahrensfunktion, die ÜNB-Abrechnungsfunktion und die

Kapazitätenmanagementfunktion („KMF“) definiert werden. Die IN-Verfahrensfunktion verwendet unter anderem den aFRR-Bedarf und die Übertragungskapazitäten für IN-Grenzen als Eingabe und legt die Menge des IN-Leistungsaustauschs zwischen LFR-Zonen fest. Die ÜNB-Abrechnungsfunktion setzt die Abrechnung des gewollten Energieaustauschs als Ergebnis des grenzüberschreitenden IN-Verfahrens zwischen den ÜNB um. Bei der KMF wird die kontinuierliche Aktualisierung grenzüberschreitender Übertragungskapazitäten implementiert, die für den Leistungsaustausch aus dem Imbalance-Netting an Gebotszonengrenzen verfügbar sind und als gemeinsame Funktion für alle gemäß der EB-Verordnung geschaffene Regelarbeitsplattformen implementiert werden können.

- (14) Aktuell wird davon ausgegangen, dass der IN-Algorithmus und der aFRR-Algorithmus innerhalb desselben Optimierungszyklus im selben IT-System ausgeführt werden, d. h. jedes Optimierungsergebnis wird zum nächsten Optimierungsdurchlauf weitergeleitet. Das heißt, dass sich die IN-AOF und die aFRR-AOF die IT-Schnittstelle zur KMF teilen. Deshalb müssen die Kapazitäten nach aFRR eventuell nicht an die KMF und zurück zum IN gesendet werden, da beide Algorithmen im selben IT-System umgesetzt werden, sofern die ÜNB während der Durchführungsphase nicht anders entscheiden.
- (15) Mit diesem INIF werden die Leitung und der Entscheidungsfindungsprozess für die Umsetzung und den Betrieb der IN-Plattform gemäß Anforderung in Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe d der EB-Verordnung festgelegt. Es sollte ein Lenkungsausschuss eingerichtet werden, der die Entscheidungen bezüglich der IN-Plattform in Übereinstimmung mit den in Artikel 4 der EB-Verordnung definierten Grundsätzen des Entscheidungsprozesses trifft.
- (16) Gemäß Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe e der EB-Verordnung muss die Benennung der Einrichtung(en) festgelegt werden, die die Funktionen der IN-Plattform ausführen wird (werden). Dieser INIF enthält Bestimmungen zur Benennung einer einzigen von ÜNB geschaffenen Einrichtung, die die IN-Verfahrensfunktion und die ÜNB-Abrechnungsfunktion übernimmt, während die Benennung der Einrichtung, die mit der KMF betraut werden soll, aufgeschoben wird, da diese Funktion bei Inbetriebnahme der IN-Plattform noch nicht benötigt wird. Mit dieser Benennung wird gemäß den Anforderungen in Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe d der EB-Verordnung sichergestellt, dass für die Leitung und den Betrieb der europäischen Plattform der Grundsatz der Diskriminierungsfreiheit eingehalten wird, dass alle beteiligten ÜNB gleich behandelt werden und kein ÜNB durch die Beteiligung an den Funktionen der europäischen Plattform ungerechtfertigte wirtschaftliche Vorteile erlangt. Ferner wird damit die Erreichung der in Artikel 3 Buchstaben b und d der EB-Verordnung genannten Ziele erleichtert.
- (17) Nach Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe f der EB-Verordnung muss der INIF einen Rahmen zur Harmonisierung der mit dem Systemausgleich verbundenen Modalitäten umfassen. Dieser INIF führt an, dass keine weitere Harmonisierung nötig ist, um die IN-Plattform zu betreiben.
- (18) Gemäß Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe h der EB-Verordnung ist eine Beschreibung des Algorithmus für den Betrieb der IN-Verfahrensfunktion gemäß Artikel 58 der EB-Verordnung erforderlich. In diesem INIF ist diese Beschreibung enthalten, einschließlich der Zielfunktionen und der für den Algorithmus geltenden Nebenbedingungen. Mit diesem INIF wird ein integrierter Algorithmus eingeführt, der das IN-Verfahren optimiert.
- (19) Mit diesem INIF wird angestrebt, die grenzüberschreitende Übertragungskapazität, die für den Austausch von Regelleistung oder die Reserventeilung gemäß Artikel 38 Absatz 1 der EB-

Verordnung zugewiesen worden ist, in die IN-Verfahrensfunktion aufzunehmen, um den ÜNB, die diese grenzüberschreitende Übertragungskapazität zugewiesen haben, einen Prioritätszugang zu dieser zugewiesenen Übertragungskapazität zu gewähren.

(20) Dieser INIF erfüllt die in Artikel 3 der EB-Verordnung angegebenen Ziele wie folgt:

- (a) Dieser INIF trägt zum Ziel der Diskriminierungsfreiheit in Regelreservemärkten gemäß Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a der EB-Verordnung bei, da dieselben Bestimmungen und Methoden für alle ÜNB und LFR-Zonen gelten und dadurch die entgegengesetzte Aktivierung der Regelreserveressourcen für alle Marktteilnehmer auf nicht diskriminierende Weise minimiert wird. Alle ÜNB haben dasselbe Recht, einen Optimierungsbereich zu bilden, um so die Diskriminierungsfreiheit zu gewährleisten. In der letzten Schicht des IN-Verfahrens wird das Netting-Volumen proportional auf die individuellen aFRR-Bedarfe der LFR-Zonen verteilt, wodurch die in Artikel 13 dieser Methode aufgeführte Proportionalität gewährleistet wird. Darüber hinaus wird mit dem Betrieb der IN-Plattform, der von einer einzigen Einrichtung übernommen wird, bei der es sich entweder um einen einzigen ÜNB oder um ein sich im Besitz aller ÜNB befindliches Unternehmen handelt, und mit den Bestimmungen in diesem INIF für die Leitung und den Entscheidungsfindungsprozess der IN-Plattform sichergestellt, dass alle ÜNB gleich behandelt werden.
- (b) Dieser INIF trägt zur Transparenz in Regelreservemärkten bei, wie durch Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a der EB-Verordnung gefordert, da Anforderungen zur Veröffentlichung und Überwachung hinsichtlich des Zugangs zu denselben zuverlässigen Informationen zu Nettovolumen zur selben Zeit und auf transparente Art und Weise für alle ÜNB und alle Marktteilnehmer spezifiziert werden.
- (c) Dieser INIF trägt zum Ziel der Erhöhung der Effizienz des Systemausgleichs und der europäischen und nationalen Regelreservemärkte gemäß Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b der EB-Verordnung bei, da das IN-Verfahren mit einer Funktion für die konsistente und transparente Aktualisierung der verfügbaren grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten umgesetzt wird. Mit dem vorgeschlagenen IN-Verfahren wird das Gesamtvolumen der aktivierten Regelarbeitsreserven in Europa und in den nationalen Regelreservemärkten reduziert. Durch die Verwendung eines Optimierungsalgorithmus, der sämtliche verfügbaren grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten einbezieht und den optimalen Nutzen aus ihnen zieht, werden das maximale potenzielle Nettovolumen und anhand dessen die Effizienz der europäischen und nationalen Regelreservemärkte gewährleistet.
- (d) Dieser INIF trägt zum Ziel der Integration der Regelreservemärkte gemäß Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c der EB-Verordnung bei, da die europäische Plattform für das IN-Verfahren umgesetzt wird, das von allen ÜNB, die den automatischen Frequenzwiederherstellungsprozess von mindestens dem Synchrongebiet Kontinentaleuropa durchführen, verwendet werden soll. In den Bestimmungen dieses INIF für den Betrieb der Plattform sind in Bezug auf das grenzüberschreitende IN-Verfahren und auf die Flexibilität der ÜNB, Anpassungen der verfügbaren grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten zu beantragen, die Anforderungen der SO-Verordnung berücksichtigt, womit die Betriebssicherheit gefördert wird.
- (e) Dieser INIF trägt zum Ziel der Unterstützung der Betriebssicherheit gemäß Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c der EB-Verordnung bei, da es durch die Verwendung der verfügbaren

grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten gemäß den vorgeschlagenen Grundsätzen des Algorithmus möglich wird, die entgegengesetzte Aktivierung der Regelreserveressourcen zu minimieren und folglich die Verfügbarkeit der Regelreserveressourcen für die Aktivierung in Echtzeit zu steigern.

- (f) Dieser INIF trägt gemäß der Anforderung in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d der EB-Verordnung zu einem effizienten langfristigen Betrieb und Ausbau des Übertragungsnetzes bei, da die effiziente Nutzung der verfügbaren grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten durch die Optimierung des Austauschs von Regularbeit im Rahmen des INP gefördert wird, was entsprechend der Beschreibung oben unter Buchstabe c mit der IN-Plattform erreicht wird. Darüber hinaus wird mit dem INIF, ebenfalls in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d der EB-Verordnung gefordert, eine effiziente und einheitliche Funktionsweise der Day-Ahead-, Intraday- und Regelreservemärkte unterstützt, da eine klare Trennung der Zeitbereiche erfolgt.
- (g) In diesem INIF wird sichergestellt, wie ebenfalls in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe e der EB-Verordnung gefordert, dass es zu keinen unzulässigen Markteintrittsbarrieren kommt und die Liquidität der Regelreservemärkte nicht auf der Grundlage der RRA-Merkmale, sondern auf der Grundlage der Anforderungen der ÜNB gefördert und ein Rahmen für eine weitere Harmonisierung erarbeitet wird.
- (h) Dieser INIF erleichtert, wie in Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben f und g der EB-Verordnung gefordert, die Einbeziehung der Laststeuerung einschließlich aggregierter Anlagen, der Energiespeicherung und erneuerbarer Energien, da für alle RRA durch diskriminierungsfreie und transparente Bestimmungen für den Betrieb der IN-Plattform gleiche Ausgangsbedingungen geschaffen werden.

Artikel 1

Gegenstand und Anwendungsbereich

1. Dieser INIF enthält die im Einklang mit Artikel 22 Absatz 1 der EB-Verordnung entwickelte Methode sowie die konzeptionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die Umsetzung der europäischen Plattform für das IN-Verfahren.
2. Alle ÜNB, die den automatischen Frequenzwiederherstellungsprozess gemäß Artikel 145 Absatz 4 der SO-Verordnung durchführen, müssen die IN-Plattform umsetzen und betriebsbereit machen. Zur Klarstellung sei jedoch darauf hingewiesen, dass, sofern eine LFR-Zone aus mehr als einem Monitoring-Gebiet besteht, nur der in der Betriebsvereinbarung der LFR-Zone als für die Einführung und die Durchführung des automatischen Frequenzwiederherstellungsprozesses zuständig benannte ÜNB gemäß Artikel 143 Absatz 4 der SO-Verordnung die IN-Plattform verwenden darf.
3. Alle ÜNB des CE-Synchronebiets, die den automatischen Frequenzwiederherstellungsprozess durchführen, verwenden die Plattform, um das IN-Verfahren dieses INIF gemäß Artikel 22 Absatz 5 der EB-Verordnung durchzuführen.
4. Alle ÜNB außerhalb des CE-Synchronebiets, die den automatischen Frequenzwiederherstellungsprozess durchführen, können beteiligte ÜNB der IN-Plattform werden und die IN-Plattform verwenden, um das INP durchzuführen.
5. Diese Methode gilt ausschließlich für die europäische Plattform für das IN-Verfahren gemäß Artikel 146 der SO-Verordnung. Die europäischen Plattformen für Frequenzwiederherstellungsreservenprozesse und Ersatzreservenprozesse liegen außerhalb des Anwendungsbereichs dieses INIF.
6. Die Preisbildung für Regelarbeit, die durch die Aktivierung von Regelarbeitsgeboten bereitgestellt wird, und für grenzüberschreitende Übertragungskapazität, die für den Austausch von Regelarbeit oder das IN-Verfahren verwendet wird, liegt außerhalb des Anwendungsbereichs dieses INIF und wird in einer gesonderten Methode gemäß Artikel 30 der EB-Verordnung behandelt.
7. Auch die für die IN-Plattform geltenden gemeinsamen ÜNB-Abrechnungsregeln fallen nicht in den Anwendungsbereich dieses INIF und werden in einer gesonderten Methode gemäß Artikel 50 der EB-Verordnung behandelt.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen und Auslegung

1. Im Sinne dieses INIF haben die verwendeten Begriffe die in Artikel 2 der EB-Verordnung, in Artikel 3 der SO-Verordnung, in Artikel 2 der Verordnung (EU) Nr. 2015/1222 der Kommission sowie in Artikel 2 der Transparenzverordnung 543/2013 festgelegte Definition. Zusätzlich gelten in diesem INIF folgende Begriffsbestimmungen:
 - (a) „aFRR-Bereich“ ist definiert als ein Bereich, in dem zwei oder mehrere ÜNB aFRR zwischen ihren LFR-Zonen austauschen.
 - (b) „aFRR-Bedarf“ bezeichnet einen individuellen ÜNB-Bedarf als ein Volumen, das die Aktivierungsanfrage für Standardgebote für aFRR-Regelarbeitsprodukte aus der gemeinsamen Merit-Order-Liste repräsentiert und dem kombinierten Effekt der bereits aktivierten aFRR und des ACE entspricht, wobei der gewollte Energieaustausch, der sich aus dem

grenzüberschreitenden aFRP oder INP ergibt, ausgeschlossen ist. Um Zweifel auszuschließen, ist jeder aFRR-Bedarf ein unelastischer aFRR-Bedarf, d. h. ein Bedarf, der unabhängig vom Preis für die Aktivierung des Standard-aFRR-Regelarbeitsproduktes gedeckt werden muss;

- (c) „Regelreservemarktzeiteinheit“ bezeichnet einen Zeitraum von 15 Minuten. Die erste Regelreservemarktzeiteinheit beginnt genau um 00:00 Marktzeit. Die Regelreservemarktzeiteinheiten folgen aufeinander und überlappen sich nicht;
- (d) „Korrektur“ oder „Pcorr“ bezeichnet den Betrag des Leistungsaustauschs der teilnehmenden ÜNB mit anderen teilnehmenden ÜNB in MW. Der Korrekturwert wird als „vereinbarter aktiver Energiefluss“ im Sinne der virtuellen Verbindungslinie gemäß der Definition in der SO-Verordnung zwischen teilnehmenden ÜNB behandelt.
- (e) „Expertengruppe“ bezeichnet das Gremium aus nominierten Experten aller an der IN-Plattform beteiligten ÜNB;
- (f) „IGCC“ bezeichnet die „International Grid Control Cooperation“ und ist das Umsetzungsprojekt, das sich zur IN-Plattform entwickeln soll;
- (g) „Imbalance-Netting-Grenze“ bezeichnet eine Reihe physischer Übertragungsleitungen, die benachbarte LFR-Zonen der teilnehmender ÜNB miteinander verbindet;
- (h) „Übertragungskapazitätsgrenzwerte für Imbalance-Netting-Grenzen“ bezeichnet die Grenzwerte für den Leistungsaustausch des Imbalance-Netting in der Import- bzw. positiven Richtung und in der Export- bzw. negativen Richtung der IN-Grenze oder einer Reihe von IN-Grenzen, die als Einschränkungen für den Optimierungsalgorithmus dienen;
- (i) „IT-Einschränkung“ bezeichnet den Maximalwert, den die IN-Verfahrensfunktion angesichts der Einschränkungen des technischen IT-Systems, z. B. der Anzahl an Stellen, als Eingabe für einen Übertragungskapazitätsgrenzwert für IN-Grenzen verarbeiten kann;
- (j) „beteiligte ÜNB“ bezeichnet alle ÜNB, die der IN-Plattform beigetreten sind, einschließlich der ÜNB aus den LFR-Zonen mehrerer ÜNB aus verschiedenen Mitgliedstaaten oder Drittländern, die nicht über ihre Betriebsvereinbarung für die LFR-Zone für die Durchführung und den Betrieb des automatischen Frequenzwiederherstellungsprozesses gemäß Teil IV der SO-Verordnung, insbesondere gemäß den Artikeln 141 und 143, benannt wurden;
- (k) „Optimierungsregion“ bezeichnet einen geografischen Bereich mehrerer teilnehmender ÜNB, der kleiner als der geografische Bereich aller teilnehmenden ÜNB ist, und zwar zu IN-Zwecken oder für den Austausch der Regelreserveenergie aus aFRR und dadurch IN zwischen zwei oder mehreren LFR-Zonen, die an der IN-Plattform teilnehmen;
- (l) „teilnehmende ÜNB“ bedeutet alle beteiligten ÜNB, die die IN-Plattform verwenden, um das IN-Verfahren für einen gewollten Energieaustausch zu betreiben. Zwölf Monate nach der Genehmigung des INIF müssen alle ÜNB teilnehmende ÜNB sein, außer ÜNB aus den LFR-Zonen mehrerer ÜNB aus verschiedenen Mitgliedstaaten oder Drittländern, die nicht über ihre Betriebsvereinbarung für die LFR-Zone für die Durchführung und den Betrieb des automatischen Frequenzwiederherstellungsprozesses gemäß Teil IV der SO-Verordnung, insbesondere gemäß den Artikeln 141 und 143, benannt wurden. Dies gilt unbeschadet der Ausnahmeregelung gemäß Artikel 62 Absatz 2 Buchstabe a der EB-Verordnung;
- (m) „Echtzeit-Optimierungszyklus“ bezeichnet den Zeitraum, in dem die IN-Verfahrensfunktion eine neue Korrektur als Ergebnis berechnet;

- (n) „Lenkungsausschuss“ bezeichnet das Beschlussorgan der IN-Plattform, bestehend aus nominierten Vertretern aller beteiligten ÜNB, das der Expertengruppe übergeordnet ist;
 - (o) „ÜNB, die Regularität von aFRR austauschen“ bezeichnet zwei oder mehrere LFR-Zonen oder LFR-Blöcke mit einer gemeinsamen Aktivierung der Regularität von aFRR, wobei die Aktivierung der Regularität von aFRR nach den Grundsätzen einer gemeinsamen Merit-Order erfolgt;
 - (p) „Nutzung der Plattform“ bezeichnet den Austausch der IN-Energie zwischen zwei oder mehreren LFR-Zonen über die IN-Plattform, um das IN-Verfahren zu betreiben, d. h. wenn die IN-Plattform aFRR-Bedarfswerte empfängt und Korrekturwerte versendet, die in der Lastfrequenzsteuerung jeder LFR-Zone verwendet werden.
2. „ENTSO (Strom)“ steht für „Europäisches Netz der Übertragungsnetzbetreiber (Strom)“, „CE“ für „Kontinentaleuropa“, „FRCE“ für „Frequenzwiederherstellungs-Regelfehler“, „MW“ für „Megawatt“ und „HGÜ“ für „Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung“.
 3. Soweit sich aus dem Kontext nicht etwas anderes ergibt, gilt in diesem INIF:
 - (a) der Singular steht auch für den Plural und umgekehrt;
 - (b) das Inhaltsverzeichnis und die Überschriften dienen lediglich der Orientierung und haben keine Auswirkung auf die Auslegung dieses INIF;
 - (c) jede Bezugnahme auf grenzüberschreitende Übertragungskapazitäten bezieht sich auch auf Vergabebeschränkungen gemäß Verordnung (EU) 2015/1222 der Kommission vom 24 Juli 2015 zur Festlegung einer Leitlinie für die Kapazitätsvergabe und das Engpassmanagement („CACM-Verordnung“);
 - (d) jede Bezugnahme auf Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, Verfügungen, Dokumente, Kodizes oder jeden sonstigen Erlass umfasst jede für diese geltende Änderung, Verlängerung oder Wiederinkraftsetzung;
 - (e) jede Bezugnahme auf einen Artikel ohne Angabe des Dokuments stellt eine Bezugnahme auf diesen INIF dar.

Artikel 3

Grobstruktur der IN-Plattform

1. Mit diesem INIF wird die europäische Plattform für das IN-Verfahren eingeführt, die von allen ÜNB genehmigt und vorgeschlagen wurde und von allen ÜNB, die den automatischen Frequenzwiederherstellungsprozess gemäß Teil IV der SO-Verordnung durchführen, der die simultane entgegengesetzte Aktivierung einer aFRR minimieren wird, betriebsbereit gemacht werden soll.
2. Die IN-Plattform umfasst alle LFR-Zonen der teilnehmenden ÜNB gemäß Artikel 146 der SO-Verordnung und die IN-Grenzen.
3. Die IN-Plattform umfasst die IN-Verfahrensfunktion, die ÜNB-Abrechnungsfunktion und die KMF gemäß Artikel 4 Absatz 6.
4. Die Eingaben für die IN-Verfahrensfunktion sind:
 - (a) der aFRR-Bedarf jeder LFR-Zone jedes teilnehmenden ÜNB, der von jedem teilnehmenden ÜNB kontinuierlich an die IN-Plattform gemeldet wird;

- (b) die Übertragungskapazitätsgrenzwerte für die IN-Grenzen für betreffende IN-Grenzen, die kontinuierlich der IN-Plattform gemeldet werden;
 - (c) die Einschränkungen bezüglich der Betriebssicherheit, die gegebenenfalls von den teilnehmenden ÜNB oder den betroffenen ÜNB gemäß Artikel 150 der SO-Verordnung bereitgestellt werden;
 - (d) andere Eingaben der IN-Verfahrensfunktion, zu denen Informationen gehören können, die eine sichere und korrekte Kommunikation, die Stabilität des IT-Systems oder die Überwachung der Funktionalität des Systems und die Veröffentlichung gewährleisten.
5. Die Übertragungskapazitätsgrenzwerte für die IN-Grenzen werden gemäß Artikel 4 dieses INIF bestimmt.
 6. Die IN-Verfahrensfunktion berechnet in jedem Echtzeit-Optimierungszyklus die folgenden Werte, die kontinuierlich von der IN-Plattform an jeden teilnehmenden ÜNB als Ausgabe gesendet werden:
 - (a) den IN-Leistungsaustausch an den IN-Grenzen gemäß der Definition in Artikel 146 der SO-Verordnung, der in der Lastfrequenzsteuerung jeder LFR-Zone jedes teilnehmenden ÜNB verwendet werden soll. Der IN-Leistungsaustausch wird vom Algorithmus berechnet, der für den Betrieb des IN-Verfahrens gilt. Der IN-Leistungsaustausch ist der gewollte Energieaustausch für den entsprechenden Echtzeit-Optimierungszyklus;
 - (b) die aktualisierten Übertragungskapazitätsgrenzwerte für die IN-Grenzen;
 - (c) andere Ausgaben der IN-Verfahrensfunktion, zu denen Informationen gehören können, die eine sichere und korrekte Kommunikation, die Stabilität des IT-Systems oder die Überwachung der Funktionalität des Systems gewährleisten.
 7. Die Umsetzung des Verfahrens basiert auf der Kommunikation der Lastfrequenzsteuerung jedes teilnehmenden ÜNB mit der IN-Verfahrensfunktion, wodurch der Echtzeit-Ausgleich der unmittelbar auftretenden aktiven Energieschwankungen ermöglicht wird.
 8. Die Eingaben für die ÜNB-Abrechnungsfunktion sind:
 - (a) der IN-Leistungsaustausch an den IN-Grenzen gemäß Artikel 3 Absatz 6 Buchstabe a dieses INIF;
 - (b) die durch die gemeinsamen Abrechnungsregeln geforderten Preise, die im Vorschlag für gemeinsame Abrechnungsregeln gemäß Artikel 50 Absatz 1 der EB-Verordnung definiert sind;
 - (c) andere Eingaben der ÜNB-Abrechnungsfunktion, zu denen Informationen gehören können, die eine sichere und korrekte Kommunikation, die Stabilität des IT-Systems oder die Überwachung der Funktionalität des Systems gewährleisten.
 9. Mit der ÜNB-Abrechnungsfunktion werden die Ausgaben unter Verwendung der in Artikel 50 Absatz 1 der EB-Verordnung vorgesehenen Methode bestimmt. Die Ausgaben für die ÜNB-Abrechnungsfunktion sind:
 - (a) das Abrechnungsvolumen der Regelarbeit;
 - (b) die Abrechnungspreise;
 - (c) die Abrechnungsbeträge;

- (d) andere Ausgaben der ÜNB-Abrechnungsfunktion, zu denen Informationen gehören können, die eine sichere und korrekte Kommunikation, die Stabilität des IT-Systems oder die Überwachung der Funktionalität des Systems gewährleisten.
10. Die Nettovolumen werden so bald wie möglich und nicht später als 30 Minuten nach der entsprechenden Marktzeiteinheit veröffentlicht.

Artikel 4

Bestimmung der Übertragungskapazitätsgrenzwerte für die IN-Grenzen als Eingabe für den Optimierungsalgorithmus

1. Alle teilnehmenden ÜNB bestimmen für jede IN-Grenze die Übertragungskapazitätsgrenzwerte für die IN-Grenzen. Entspricht die IN-Grenze einer Gebotszonengrenze, erfolgt die Bestimmung dieser Grenzwerte entsprechend den Abschnitten 2 bis 4. Entspricht die IN-Grenze nicht einer Gebotszonengrenze, wird als Übertragungskapazitätsgrenzwert für die IN-Grenze ein technischer Grenzwert festgelegt, der in beiden Richtungen 99.999 MW beträgt.
2. Alle ÜNB und die IN-Plattform aktualisieren die grenzüberschreitenden IN-Übertragungskapazitäten für jede der relevanten Gebotszonengrenzen bzw. jede Reihe von Gebotszonengrenzen kontinuierlich so, dass die für das IN-Verfahren zur Verfügung stehenden grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten zu jedem Zeitpunkt Folgendes darstellen:
 - (a) die anfänglichen grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten, die entweder die nach der einzelnen Intraday-Verknüpfung verbleibenden grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten oder die nach den Methoden gemäß Artikel 37 Absatz 3 der EB-Verordnung berechneten grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten sein müssen;
 - (b) die zusätzlichen grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten, die dem RR-, mFRR- und aFRR-Verfahren gemäß Artikel 38 Absatz 1 der EB-Verordnung zugewiesen wurden;
 - (c) die bereits zugewiesenen grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten innerhalb des relevanten Zeitbereichs:
 - (i) der bereits bestätigte grenzüberschreitende Austausch und Leistungsaustausch aus der automatischen und manuellen Frequenzwiederherstellung;
 - (ii) grenzüberschreitender Austausch, der sich aus anderen, nicht ausgleichenden Prozessen ergibt, die von den ÜNB an die IN-Plattform gemeldet werden;
 - (d) die Anpassung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten gemäß der SO-Verordnung:
 - (i) Anpassungen, die aus Gründen der Betriebssicherheit von den teilnehmenden oder betroffenen ÜNB gemäß Artikel 146 Absatz 3 Buchstabe c, Artikel 147 Absatz 3 Buchstabe c, Artikel 148 Absatz 3 Buchstabe c, Artikel 149 Absatz 3 und Artikel 150 Absatz 3 Buchstabe b der SO-Verordnung beantragt werden;
 - (ii) technisch bedingte Beschränkungen, aufgrund derer es nicht möglich ist, das grenzüberschreitende IN-Verfahren an HGÜ-Verbindungsleitungen gemäß Artikel 146 Absatz 3 Buchstaben a und b, Artikel 147 Absatz 3 Buchstaben a und b und Artikel 171 Absatz 1 der SO-Verordnung zu vereinfachen.

3. Die Anpassungen gemäß Absatz 2 Buchstabe d können auch auf IN-Grenzen angewendet werden, die nicht einer Gebotszonengrenze entsprechen. Die Anpassung gemäß Abschnitt 2 Buchstabe d Ziffer i kann nur für Gründe der Betriebssicherheit gelten, die nicht bei der letzten Berechnung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazität und der koordinierten Analyse der regionalen Betriebssicherheit berücksichtigt werden konnten, und diese Anpassung wird vorgenommen und veröffentlicht, sobald der Bedarf erkannt wurde.
4. Die teilnehmenden bzw. betroffenen ÜNB, die gemäß Abschnitt 2 Buchstabe d Ziffer i eine Anpassung der Beschränkungen anfordern, veröffentlichen die Anforderung dieser Beschränkungen mitsamt einer Begründung für die Anforderung spätestens 30 Minuten nach dem Ende der jeweiligen Regelreservemarkt-MTU, in der die zusätzlichen Beschränkungen angefordert worden sind.
5. Die Begrenzung gemäß Absatz 2 Buchstabe d Ziffer ii kann jeden Austausch an einer IN-Grenze, die nur aus einer oder mehreren HGÜ-Verbindungsleitungen besteht, deaktivieren. Die Begrenzung einer solchen IN-Grenze ist erlaubt, wenn dies von den von dieser IN-Grenze betroffenen ÜNB begründet wird. Die betroffenen Regulierungsbehörden werden von dieser Begrenzung unterrichtet. Die technische Begründung wird von den betroffenen ÜNB veröffentlicht.
6. Spätestens zwei Jahre nach Ablauf der Frist für die Umsetzung der aFRR-Plattform gemäß Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe b des Umsetzungsrahmens, der gemäß ACER-Entscheidung 02-2020¹ angenommen wurde, richten alle ÜNB eine KMF ein, die den in Absatz 2 beschriebenen kontinuierlichen Prozess umsetzt. Sollten andere Regularisierungsplattformen über eine solche Funktion verfügen, ist die KMF auf all diesen Plattformen gleich, wenn mit dem jeweiligen Umsetzungsrahmen dieser Plattformen dieselbe Pflicht auferlegt wird.

Artikel 5

Der Zeitplan und der Fahrplan für die Umsetzung der IN-Plattform

1. Innerhalb von zwölf Monaten nach der Genehmigung dieses INIF setzen alle beteiligten ÜNB die IN-Plattform um, die jede in diesem INIF festgelegte Anforderung und weitere Anforderungen laut den Artikeln 30 und 50 der EB-Verordnung erfüllt, und nehmen sie in Betrieb.
2. Alle beteiligten ÜNB sind sich einig, dass sie alle nötigen Anpassungen der Funktionalitäten der IGCC in Übereinstimmung mit dem INIF nicht später als elf Monate nach der Genehmigung des INIF umsetzen.
3. Zur Erfüllung der Anforderung gemäß Absatz 1 richten alle beteiligten ÜNB die IN-Plattform ein, die auf dem Umsetzungsprojekt IGCC basiert, das nach der Genehmigung dieses INIF in die IN-Plattform umgewandelt wird.
4. Alle beteiligten ÜNB stellen sicher, dass im Rahmen der IN-Plattform die Fristen laut Artikel 22 Absätze 4 und 5 der EB-Verordnung wie folgt eingehalten werden:
 - (a) alle beteiligten ÜNB benennen die für die Durchführung der IN-Verfahrensfunktion und der ÜNB-Abrechnungsfunktion verantwortliche Einrichtung innerhalb von sechs Monaten nach der Genehmigung des INIF;

¹ https://www.acer.europa.eu/Official_documents/Acts_of_the_Agency/Individual%20decisions/ACER%20Decision%202002-2020%20on%20the%20Implementation%20framework%20for%20aFRR%20Platform.pdf

- (b) zwölf Monate nach der Genehmigung dieses INIF muss die IN-Plattform umgesetzt worden und betriebsbereit sein;
 - (c) vor Ablauf der Frist gemäß Buchstabe b entwickeln alle beteiligten ÜNB neue Prozesse und passen vorhandene Prozesse in Zusammenhang mit dem IN-Verfahren, der Anpassung von nationalen Modalitäten gemäß Artikel 18 der EB-Verordnung, der Preisauszeichnung und der Abrechnung gemäß diesem INIF an.
5. Die IN-Plattform kann die schrittweise Umsetzung der in dem INIF aufgeführten Anforderungen und einen schrittweisen Beitritt von ÜNB vorsehen. Spätestens einen Monat nach der Genehmigung dieses INIF einigen sich alle beteiligten ÜNB auf einen Fahrplan für den Beitritt. Der Fahrplan für den Beitritt enthält für alle beteiligten ÜNB, die teilnehmende ÜNB werden, Zeitpläne für Folgendes:
- (a) Prüfungen der Kompatibilität zwischen den einzelnen ÜNB und der IN-Plattform;
 - (b) Betriebsprüfungen;
 - (c) Anbindung jedes ÜNB an die IN-Plattform;
 - (d) Anbindung aller ÜNB, denen von ihren jeweiligen Regulierungsbehörden eine Freistellung gemäß Artikel 62 der EB-Verordnung erteilt wurde.
 - (e) der Fahrplan für den Beitritt beginnt und endet nach seiner Fertigstellung durch alle beteiligten ÜNB spätestens dann, wenn die IN-Plattform von allen ÜNB verwendet wird, die den automatischen Frequenzwiederherstellungsprozess von mindestens dem CE-Synchronegebiet durchführen.
6. ÜNB aus Synchronegebieten, die nicht zu Kontinentaleuropa gehören und den automatischen Frequenzwiederherstellungsprozess durchführen, können entscheiden, zu einem späteren Zeitpunkt beteiligte ÜNB der IN-Plattform zu werden, nachdem sie die in diesem INIF und dem Fahrplan für den Beitritt zur IN-Plattform relevanten Anforderungen erfüllt haben.

Artikel 6

Funktionen der IN-Plattform

1. Die IN-Plattform umfasst die IN-Verfahrensfunktion, die ÜNB-Abrechnungsfunktion und die KMF gemäß Artikel 4 Absatz 5. Wenn dies bei der Umsetzung der Methode zur Berechnung innerhalb des relevanten Zeitbereichs gemäß Artikel 37 Absatz 3 der EB-Verordnung als effizient erachtet wird, kann eine Berechnungsfunktion für die grenzüberschreitende Übertragungskapazität hinzugefügt werden.
2. Der Betrieb der IN-Plattform durch die Verwendung des multilateralen ÜNB/ÜNB-Modells gemäß der Beschreibung in diesem INIF seitens der teilnehmenden ÜNB führt prinzipiell zu Folgendem:
 - (a) Senkung der Menge der aktivierten Regelreserveressourcen aus dem automatischen Frequenzwiederherstellungsprozess;
 - (b) Stärkung der Versorgungssicherheit;
 - (c) Reduzierung der ÜNB-Kosten aufgrund der Verbesserung der Effizienz des Systemausgleichs, indem die Menge der aktivierten Regelarbeitsressourcen gesenkt wird.

3. Der Zweck der IN-Verfahrensfunktion besteht darin, das INP der teilnehmenden ÜNB entsprechend der Grobstruktur der IN-Plattform in Artikel 3 und den Grundsätzen des Optimierungsalgorithmus gemäß Artikel 13 zu koordinieren.
4. Der Zweck der ÜNB-Abrechnungsfunktion besteht darin, den Abrechnungsbetrag, den jeder teilnehmende ÜNB für den gewollten Energieaustausch aus dem IN-Verfahren zu entrichten hat, zu berechnen.
5. Der Zweck der KMF besteht darin, die IN-Übertragungskapazitäten für jede der relevanten Gebotszonengrenzen bzw. für jede Reihe von Gebotszonengrenzen kontinuierlich zu aktualisieren, sodass die grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten jederzeit die tatsächlich verfügbaren grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten für den Leistungsaustausch aus dem IN widerspiegeln. Die KMF gilt als Funktion, die für den Betrieb der IN-Plattform ab dem in Artikel 4 Absatz 6 genannten Termin erforderlich ist.
6. Falls und soweit relevant, besteht der Zweck der CZC-Berechnungsfunktion darin, die Methodik für die CZC-Berechnung innerhalb des für den Austausch von Regularität relevanten Zeitbereichs gemäß Artikel 37 Absatz 3 der EB-Verordnung umzusetzen. Sollten andere Regularitätsplattformen über eine solche Funktion verfügen, ist die CZC-Berechnungsfunktion auf all diesen Plattformen gleich, wenn mit dem jeweiligen Umsetzungsrahmen dieser Plattformen dieselbe Pflicht auferlegt wird.

Artikel 7

Backup-Verfahren

1. Gemäß Artikel 28 der EB-Verordnung wendet jeder betreffende ÜNB schnellstmöglich Backup-Verfahren an, wenn die IN-Plattform nicht das IN-Verfahren durchführt oder wenn ein ÜNB gemäß Artikel 3 Absätze 4 und 6 und Artikel 4 dieses INIF keine Eingabe bereitstellt oder keine Ausgabe von der IN-Verfahrensfunktion empfängt oder verarbeitet. Die Entscheidung über die Backup-Verfahren wird von jedem teilnehmenden ÜNB gemäß Artikel 146 Absatz 8 der SO-Verordnung getroffen.
2. Die betreffenden ÜNB veröffentlichen gemäß der Beschreibung in Absatz 1, dass ihre Teilnahme am IN-Verfahren vorübergehend ausgesetzt oder wiederhergestellt wurde. Bei vorübergehenden Zwischenfällen, die mit der Komplexität der Echtzeitprozesse und den Beschränkungen der IT-Systeme zusammenhängen und deren voraussichtliche Dauer mehr als 5 Minuten und weniger als 30 Minuten beträgt, veröffentlichen die betreffenden ÜNB, dass ihre Teilnahme an der IN-Plattform vorübergehend ausgesetzt oder wiederhergestellt wurde. Jeder ÜNB veröffentlicht diese Informationen so früh wie möglich, spätestens jedoch 30 Minuten nach Ablauf der ersten Gültigkeitsdauer der Aussetzung oder Wiederherstellung der Teilnahme.

Artikel 8

Governance

1. Die Bestimmungen betreffend die Leitung und den Betrieb der IN-Plattform gewährleisten, dass kein teilnehmender ÜNB durch die Teilnahme an der IN-Plattform von ungerechtfertigten wirtschaftlichen Vorteilen profitiert. Jeder beteiligte ÜNB hat einen Vertreter im Lenkungsausschuss und in der Expertengruppe. Die beteiligten ÜNB sind bestrebt, einstimmige Entscheidungen zu treffen. Soweit

eine Einstimmigkeit nicht erzielt werden kann, wird eine qualifizierte Mehrheitsentscheidung gemäß Artikel 9 herbeigeführt. Der Lenkungsausschuss trifft Entscheidungen gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a sowie gemäß Artikel 9 Absätze 2 und 3.

2. Jeder beteiligte ÜNB befolgt die gemeinsamen Leitungsgrundsätze der IN-Plattform durch:
 - (a) den Lenkungsausschuss der IN-Plattform, der das Beschlussorgan der IN-Plattform darstellt und das Recht hat, jede verbindliche Entscheidung über alle Angelegenheiten oder Fragen zu treffen, die mit der IN-Plattform zusammenhängen und nicht unter Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe b fallen. Hierzu benennt jeder beteiligte ÜNB mindestens einen ständigen Vertreter für den Lenkungsausschuss. Der Lenkungsausschuss ist ein der Expertengruppe übergeordnetes Gremium;
 - (b) die Expertengruppe der IN-Plattform, bei der es sich um das Expertengremium der IN-Plattform handelt und die Hintergrundmaterial für den Lenkungsausschuss (z. B. Analysen, Folgenabschätzungen, Zusammenfassungen) erstellt und Konzepte in Zusammenhang mit der Entwicklung, der Leitung und dem Betrieb der IN-Plattform bewertet und erarbeitet. Hierzu benennt jeder beteiligte ÜNB mindestens einen ständigen Vertreter für die Expertengruppe.
3. Jeder beteiligte ÜNB arbeitet aktiv mit allen anderen beteiligten ÜNB zusammen, um:
 - (a) Konzepte hinsichtlich der Abrechnung des gewollten Energieaustauschs aus dem IN-Verfahren zu erstellen und zu prüfen;
 - (b) die korrekte Umsetzung und Ausführung der Abrechnung des gewollten Energieaustauschs aus dem IN-Verfahren zu überwachen.
4. Jeder teilnehmende ÜNB setzt die nötigen Verfahren für die Nutzung der IN-Plattform angemessen und zeitnah um und führt sie durch.

Artikel 9

Entscheidungsfindung

1. Entscheidungen, die zu einem Vorschlag für eine Änderung dieses INIF oder zur Änderung der von allen ÜNB gemäß Artikel 30 oder 50 der EB-Verordnung vorgelegten Methoden führen, werden nach folgendem Verfahren getroffen:
 - (a) Entscheidung der beteiligten ÜNB: Alle beteiligten ÜNB genehmigen im Voraus einen Vorschlag, der allen ÜNB zur Entscheidung vorgelegt wird;
 - (b) Entscheidung aller ÜNB: unterliegt der Zustimmung aller ÜNB gemäß den Abstimmungsgrundsätzen laut Artikel 4 Absatz 3 der EB-Verordnung, wobei „alle ÜNB“ sowohl alle beteiligten ÜNB im Rahmen des Lenkungsausschusses der IN-Plattform als auch die nicht beteiligten ÜNB umfasst und dieser Entscheidungsprozess unabhängig vom Entscheidungsprozess der beteiligten ÜNB ist.
2. Entscheidungen bezüglich der IN-Plattform, die keinen Vorschlag für eine Änderung dieses INIF bzw. der Methoden gemäß den Artikeln 30 oder 50 der EB-Verordnung im Hinblick auf IN als Ergebnis haben, jedoch alle beteiligten ÜNB betreffen, unterliegen der Genehmigung durch alle beteiligten ÜNB.

3. Entscheidungen bezüglich der IN-Plattform, die keinen Vorschlag für eine Änderung dieses INIF als Ergebnis haben und lediglich eine geografische Region mehrerer beteiligter ÜNB betreffen, die kleiner ist als die geografische Region aller beteiligten ÜNB, unterliegen der Genehmigung durch die beteiligten ÜNB der betroffenen geografischen Region.
4. Im Falle von Entscheidungen gemäß Absatz 1 Buchstabe a und Absätze 2 und 3 wird erwartet, dass jeder beteiligte ÜNB der betreffenden Region an dem Entscheidungsprozess teilnimmt. Das Quorum für die Einleitung eines Entscheidungsprozesses ist die Mehrheit (50 % + 1) der beteiligten ÜNB, die anwesend oder durch einen anderen am Entscheidungsprozess beteiligten ÜNB vertreten sind.
5. Die beteiligten ÜNB führen einen Entscheidungsprozess ein, der eine effektive Entscheidungsfindung mit dem Ziel gewährleistet, Entscheidungen einstimmig zu treffen. Sofern keine Einstimmigkeit erzielt werden kann, wird eine qualifizierte Mehrheitsentscheidung herbeigeführt.
6. Entscheidungen gemäß Absatz 1 Buchstabe a und Absatz 2, bei denen kein Konsens erzielt wird, erfordern nach den Abstimmungsgrundsätzen gemäß Artikel 4 Absatz 3 der EB-Verordnung eine Mehrheit aus:
 - (a) beteiligten ÜNB, die mindestens 55 % der betroffenen Länder der ÜNB vertreten und gemäß Absatz 4 anwesend oder vertreten sind; sowie
 - (b) beteiligten ÜNB, die Länder vertreten, die mindestens 65 % der Bevölkerung der betreffenden Länder ausmachen und gemäß Absatz 4 anwesend oder vertreten sind.
7. Entscheidungen gemäß Absatz 3, bei denen kein Konsens erzielt wird, erfordern nach den Abstimmungsgrundsätzen gemäß Artikel 4 Absatz 4 der EB-Verordnung eine Mehrheit aus:
 - (a) beteiligten ÜNB, die mindestens 72 % der Länder der betreffenden Region vertreten und gemäß Absatz 4 anwesend oder vertreten sind; sowie
 - (b) beteiligten ÜNB, die Länder vertreten, die mindestens 65 % der Bevölkerung der Länder der betreffenden Region ausmachen und gemäß Absatz 4 anwesend oder vertreten sind.
8. Entscheidungen gemäß Absatz 3 in Bezug auf betroffene Regionen, die aus fünf Mitgliedstaaten und Drittländern oder weniger bestehen, werden im Konsens getroffen.
9. Die Abstimmung über die Entscheidungen des Lenkungsausschusses kann in physischen Sitzungen, Konferenzschaltungen oder per Zirkularbeschluss per E-Mail erfolgen.

Artikel 10

Benennung einer Einrichtung

1. Jeder an der IN-Plattform beteiligte ÜNB ist gegenüber seiner jeweiligen nationalen Regulierungsbehörde und seinen Marktteilnehmern im Hinblick auf die Ausführung des IN-Verfahrens gemäß diesem INIF zur Rechenschaft verpflichtet.
2. Alle ÜNB benennen eine Einrichtung, die ein einziger ÜNB oder ein im Besitz von ÜNB befindliches Unternehmen sein kann und den Betrieb der IN-Verfahrensfunktion und der ÜNB-Abrechnungsfunktion der IN-Plattform übernimmt. Spätestens achtzehn Monate vor dem Termin, an dem die Kapazitätenmanagementfunktion als eine für den Betrieb der aFRR-Plattform in Übereinstimmung mit Artikel 6 Absatz 4 des Umsetzungsrahmens, der gemäß der ACER-

Entscheidung 02-2020² angenommen wurde, erforderliche Funktion angesehen wird, entwickeln alle ÜNB einen Vorschlag zur Änderung dieses INIF, in dem die Einrichtung benannt wird, die die Kapazitätenmanagementfunktion gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe e der EB-Verordnung wahrnimmt, und in dem klargestellt wird, ob die IN-Plattform von einer einzigen Einrichtung oder von mehreren Einrichtungen betrieben wird.

3. Die Benennung der Einrichtung erfolgt gemäß Artikel 22 Absatz 4 der EB-Verordnung.
4. Die benannte Einrichtung handelt im Namen aller beteiligten ÜNB unter der Aufsicht des Lenkungsausschusses der IN-Plattform gemäß Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe a und im Einklang mit den vom Lenkungsausschuss gebilligten Betriebsvorschriften.
5. Zur Klarstellung sei darauf hingewiesen, dass die benannte Einrichtung Dritte mit der Ausführung der Unterstützungsaufgaben beauftragen darf, sofern die Zustimmung des Lenkungsausschusses vorliegt.

Artikel 11

Rahmen für die Harmonisierung der Modalitäten für die IN-Plattform

Alle ÜNB sind sich einig, dass für die Umsetzung der IN-Plattform keine Harmonisierung der Modalitäten für den Systemausgleich nötig ist.

Artikel 12

Kostenkategorisierung und detaillierte Grundsätze für die Teilung gemeinsamer und regionaler Kosten

1. Die Kosten der Einrichtung, der Änderung und des Betriebs der IN-Plattform werden folgendermaßen aufgeschlüsselt:
 - (a) gemeinsame Kosten aufgrund der koordinierten Tätigkeiten aller an der IN-Plattform beteiligten ÜNB;
 - (b) regionale Kosten aufgrund der Tätigkeiten mehrerer, jedoch nicht aller an der IN-Plattform beteiligten ÜNB;
 - (c) nationale Kosten aufgrund der Tätigkeiten der an der IN-Plattform teilnehmenden ÜNB.
2. Zu den gemeinsamen Kosten gehören auch die Kosten, die sich aus den Entscheidungen des Lenkungsausschusses über Vorschläge ergeben, die sich auf Folgendes beziehen:
 - (a) gemeinsame Kosten für die Einrichtung bzw. Änderung der IN-Plattform:
 - (i) Implementierung neuer Funktionalitäten in der IN-Verfahrensfunktion, die einen Einfluss auf den gewollten bzw. ungewollten Energieaustausch haben und allen beteiligten ÜNB zugutekommen;
 - (ii) Implementierung neuer Funktionalitäten in der ÜNB-Abrechnungsfunktion, die einen Einfluss auf die ÜNB-Abrechnung haben;
 - (iii) Beauftragung gemeinschaftlicher Studien zum Nutzen aller beteiligten ÜNB;

² https://www.acer.europa.eu/Official_documents/Acts_of_the_Agency/Individual%20decisions/ACER%20Decision%202002-2020%20on%20the%20Implementation%20framework%20for%20aFRR%20Platform.pdf

- (b) gemeinsame Kosten für den Betrieb der IN-Plattform:
 - (i) Betriebskosten in Zusammenhang mit dem Betrieb der IN-Verfahrensfunktion, die von den beteiligten ÜNB nach dem Entscheidungsfindungsprozess gemäß Artikel 9 als gemeinsame Kosten vereinbart werden;
 - (ii) Betriebskosten in Zusammenhang mit der ÜNB-Abrechnungsfunktion, die von den beteiligten ÜNB nach dem Entscheidungsfindungsprozess gemäß Artikel 9 als gemeinsame Kosten vereinbart werden.
- 3. Die gemeinsamen Kosten für die Einrichtung oder Änderung der IN-Plattform gemäß Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe a werden gemäß Artikel 12 Absatz 15 und im Einklang mit den folgenden in Artikel 23 der EB-Verordnung festgelegten Grundsätzen unter den beteiligten ÜNB aufgeteilt:
 - (a) ein Achtel der gemeinsamen Kosten wird zu gleichen Teilen auf die Mitgliedstaaten und Drittländer aufgeteilt, deren ÜNB beteiligte ÜNB sind;
 - (b) fünf Achtel der gemeinsamen Kosten werden anteilig nach dem Verbrauch auf die Mitgliedstaaten und Drittländer aufgeteilt, deren ÜNB beteiligte ÜNB sind;
 - (c) zwei Achtel der gemeinsamen Kosten werden zu gleichen Teilen auf die beteiligten ÜNB aufgeteilt.
- 4. Die gemeinsamen Kosten für den Betrieb der IN-Plattform gemäß Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe b und Artikel 12 Absatz 5 werden nicht von den beteiligten ÜNB getragen, die keine an der IN-Plattform teilnehmenden ÜNB sind.
- 5. Die gemeinsamen Kosten für den Betrieb der IN-Plattform gemäß Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe b werden gemäß Artikel 12 Absatz 17 und im Einklang mit den folgenden in Artikel 23 der EB-Verordnung festgelegten Grundsätzen unter den teilnehmenden ÜNB aufgeteilt:
 - (a) ein Achtel der gemeinsamen Kosten wird zu gleichen Teilen auf die Mitgliedstaaten und Drittländer aufgeteilt, deren ÜNB teilnehmende ÜNB sind;
 - (b) fünf Achtel der gemeinsamen Kosten werden anteilig nach dem Verbrauch auf die Mitgliedstaaten und Drittländer aufgeteilt, deren ÜNB teilnehmende ÜNB sind;
 - (c) zwei Achtel der gemeinsamen Kosten werden zu gleichen Teilen auf die teilnehmenden ÜNB aufgeteilt.
- 6. Regionale Kosten werden von beteiligten ÜNB der betroffenen Region getragen und umfassen:
 - (a) regionale Kosten für die Einrichtung bzw. Änderung der IN-Plattform:
 - (i) Implementierung neuer Funktionalitäten in der IN-Verfahrensfunktion, die einen Einfluss auf den gewollten bzw. ungewollten Energieaustausch haben und lediglich von den beteiligten ÜNB der betroffenen Region anwendbar sind;
 - (ii) Implementierung neuer Funktionalitäten in der ÜNB-Abrechnungsfunktion, die einen Einfluss auf die ÜNB-Abrechnung der beteiligten ÜNB der betroffenen Region haben;
 - (iii) Beauftragung gemeinschaftlicher Studien für die beteiligten ÜNB der betroffenen Region;
 - (b) regionale Kosten des Betriebs der IN-Plattform:

- (i) Betriebskosten in Zusammenhang mit der IN-Verfahrensfunktion, die von den beteiligten ÜNB nach dem für sie geltenden Entscheidungsfindungsprozess der beteiligten ÜNB gemäß Artikel 9 als regionale Kosten vereinbart werden;
 - (ii) Betriebskosten in Zusammenhang mit der ÜNB-Abrechnungsfunktion, die von den beteiligten ÜNB nach dem Entscheidungsfindungsprozess gemäß Artikel 9 als regionale Kosten vereinbart werden.
- 7. Die regionalen Kosten für die Einrichtung oder die Änderung der IN-Plattform gemäß Artikel 12 Absatz 6 Buchstabe a werden gemäß Artikel 12 Absatz 15 und im Einklang mit den folgenden in Artikel 23 der EB-Verordnung festgelegten Grundsätzen unter den beteiligten ÜNB der betroffenen Region aufgeteilt:
 - (a) ein Achtel der regionalen Kosten wird zu gleichen Teilen auf die Mitgliedstaaten und Drittländer aufgeteilt, deren ÜNB beteiligte ÜNB der betroffenen Region sind;
 - (b) fünf Achtel der regionalen Kosten werden anteilig nach dem Verbrauch auf die Mitgliedstaaten und Drittländer aufgeteilt, deren ÜNB beteiligte ÜNB der betroffenen Region sind;
 - (c) zwei Achtel der regionalen Kosten werden zu gleichen Teilen auf die beteiligten ÜNB der betroffenen Region aufgeteilt.
- 8. Die regionalen Kosten für den Betrieb der IN-Plattform gemäß Absatz 9 werden nicht von den beteiligten ÜNB getragen, die keine an der IN-Plattform teilnehmenden ÜNB sind.
- 9. Die regionalen Kosten für den Betrieb der IN-Plattform gemäß Artikel 12 Absatz 6 Buchstabe b werden gemäß Artikel 12 Absatz 17 und im Einklang mit den folgenden in Artikel 23 der EB-Verordnung festgelegten Grundsätzen unter den teilnehmenden ÜNB der betroffenen Region aufgeteilt:
 - (a) ein Achtel der regionalen Kosten wird zu gleichen Teilen auf die Mitgliedstaaten und Drittländer aufgeteilt, deren ÜNB teilnehmende ÜNB der betroffenen Region sind;
 - (b) fünf Achtel der regionalen Kosten werden anteilig nach dem Verbrauch auf die Mitgliedstaaten und Drittländer aufgeteilt, deren ÜNB teilnehmende ÜNB der betroffenen Region sind;
 - (c) zwei Achtel der regionalen Kosten werden zu gleichen Teilen auf die teilnehmenden ÜNB der betroffenen Region aufgeteilt.
- 10. Nationale Kosten sind die Kosten für die Nutzung der IN-Plattform, die die Kosten der Entwicklung, der Umsetzung, des Betriebs und der Wartung der technischen Infrastruktur und Verfahren sowie für das Abrechnungsverfahren umfassen.
- 11. Jeder beteiligte ÜNB trägt seine eigenen nationalen Kosten und ist allein verantwortlich (d. h. haftet nicht gesamtschuldnerisch) für die pünktliche Zahlung aller Kosten in Zusammenhang mit der für die erfolgreiche Nutzung der IN-Plattform notwendigen technischen Infrastruktur.
- 12. Das Kostenteilungsprinzip gilt für Kosten, die nach der Genehmigung dieses INIF entstanden sind.
- 13. Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass sich alle ÜNB einig sind, keine Kosten zu teilen, die vor der Genehmigung dieses INIF entstanden sind.
- 14. Jeder beteiligte ÜNB zahlt seinen Kostenanteil gemäß Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe a Ziffern i und ii auch rückwirkend gemäß Artikel 12 Absatz 12.

15. Bei der Teilung der gemeinsamen und regionalen Kosten für die Einrichtung bzw. Änderung der IN-Plattform gemäß Artikel 12 Absätze 3 und 7 berücksichtigt der Anteil des ÜNB an den Kosten der beteiligten ÜNB nur die in der Betriebsvereinbarung für die LFR-Zone benannten beteiligten ÜNB als verantwortlich für die Umsetzung und Durchführung des automatischen Frequenzwiederherstellungsprozesses in dieser LFR-Zone gemäß Artikel 143 Absatz 4 der SO-Verordnung. Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass die beteiligten ÜNB, die nicht als für die Umsetzung und Durchführung des automatischen Frequenzwiederherstellungsprozesses zuständig benannt wurden, keine Kosten gemäß Artikel 12 Abschnitt 3 Buchstabe c und Artikel 12 Abschnitt 7 Buchstabe c zu tragen haben.
16. Sofern in einem Mitgliedstaat mehrere beteiligte ÜNB tätig sind, wird der Kostenanteil des Mitgliedstaates auf diese beteiligten ÜNB anteilig nach dem Verbrauch in den Monitoring-Gebieten der beteiligten ÜNB aufgeteilt.
17. Bei der Aufteilung der gemeinsamen und regionalen Kosten für den Betrieb der IN-Plattform gemäß Artikel 12 Absätze 5 und 9 berücksichtigt der Verbrauchsanteil an den Kosten eines teilnehmenden ÜNB jeweils den Verbrauch der beteiligten ÜNB, die den teilnehmenden ÜNB gemäß Artikel 143 Absatz 4 der SO-Verordnung zur Durchführung des automatischen Frequenzwiederherstellungsprozesses ernannt haben.

Artikel 13

Beschreibung des Algorithmus für den Betrieb der IN-Verfahrensfunktion

1. Die Eingaben für den Algorithmus für den Betrieb der IN-Verfahrensfunktion sind:
 - (a) der aFRR-Bedarf;
 - (b) die Übertragungskapazitätsgrenzwerte für die IN-Grenze als Ausgabe der KMF, die gemäß Artikel 4 festgelegt wurden.
2. Die Zielfunktionen des Optimierungsalgorithmus sind:
 - (a) Erste Priorität: Minimierung der Abweichung von den IN-Zielwerten gemäß Artikel 13 Absatz 5;
 - (b) Zweite Priorität: maximale Deckung des aFRR-Bedarfs der einzelnen LFR-Zonen;
 - (c) Dritte Priorität: Minimierung der Abweichung von der proportionalen Verteilung der Abweichung vom Zielwert;
 - (d) Vierte Priorität: Minimierung des Absolutwerts des IN-Leistungsaustauschs.
3. Die Nebenbedingungen des Optimierungsalgorithmus sind:
 - (a) die IN-Leistungsbilanzgleichung jeder LFR-Zone muss erfüllt sein, d. h. die Summe aus dem grenzüberschreitenden IN-Leistungsaustausch und dem gedeckten aFRR-Bedarf ist gleich null;
 - (b) die Summe aller IN-Leistungsaustauschverfahren aller teilnehmenden LFR-Zonen muss gleich null sein;
 - (c) Der IN-Leistungsaustausch an einer Übertragungskapazitätsgrenze für IN-Grenzen oder einer Reihe von Übertragungskapazitätsgrenzen für IN-Grenzen darf die

Übertragungskapazitätsgrenzwerte für IN-Grenzen, die in Übereinstimmung mit Artikel 4 festgelegt wurden, nicht überschreiten.

4. Die Ausgaben des Optimierungsalgorithmus in jedem Optimierungszyklus sind:
 - (a) der IN-Leistungsaustausch an den IN-Grenzen gemäß der Definition in Artikel 146 der SO-Verordnung, der in der Lastfrequenzsteuerung jeder LFR-Zone jedes teilnehmenden ÜNB verwendet werden soll;
 - (b) die aktualisierten IN-Grenzwerte für grenzüberschreitende Übertragungskapazitäten.
5. Zum Zwecke der Optimierung weist jede IN-Grenze eine mathematisch definierte negative und positive Richtung für den Leistungsaustausch aus dem IN auf.
6. Der IN-Zielwert für die Verteilung des IN-Potentials einer individuellen LFR-Zone basiert auf dem Verhältnis des aFRR-Bedarfs eines teilnehmenden ÜNB zur Summe der aFRR-Bedarfswerte aller teilnehmenden ÜNB für dieselbe Richtung des aFRR-Bedarfs, wodurch eine proportionale Verteilung des IN-Potentials gewährleistet wird, falls kein Übertragungskapazitätsgrenzwert für IN-Grenzen erreicht wird;
7. Das implizite Imbalance-Netting zwischen LFR-Zonen, die aFRR austauschen, wird nicht im von der IN-Plattform durchgeführten IN-Verfahren berücksichtigt.
8. Jeder teilnehmende ÜNB hat das Recht, mit seinen LFR-Zonen in einem Optimierungsbereich gemäß den folgenden Bestimmungen teilzunehmen:
 - (a) Ein Optimierungsbereich ist ein Bereich von LFR-Zonen, die dem Imbalance-Netting in allen LFR-Zonen der IN-Plattform vorausgehen. Dadurch haben die ÜNB des betreffenden Optimierungsbereichs vorherigen Zugang zur Übertragungskapazität der IN-Grenzen, die zwei LFR-Zonen gemeinsam haben und am betreffenden Optimierungsbereich beteiligt sind. Die ÜNB des betreffenden Optimierungsbereichs haben keinen vorherigen Zugang zu anderen Übertragungskapazitäten der IN-Grenzen;
 - (b) die optimale Verteilung der Aktivierung der Regularisierungsgebote in einem Optimierungsbereich, die als Ergebnis des Austauschs von Regulararbeit aus aFRR zwischen ÜNB erhalten wurden, wird von der IN-Verfahrensfunktion berücksichtigt, ohne das Gesamtnettovolumen zu reduzieren;
 - (c) die Anzahl der möglichen Optimierungsbereiche darf in Übereinstimmung mit Artikel 13 Absatz 7 Buchstabe e die Summe aus der Anzahl der aFRR-Bereiche der teilnehmenden ÜNB und der Anzahl der LFR-Blöcke von teilnehmenden ÜNB nicht um mehr als eins überschreiten, wobei die FRR-Kapazität sowie die RR-Kapazität auf der Basis der Ungleichgewichte des LFR-Blocks und der Anzahl der Synchrongebiete der teilnehmenden ÜNB berechnet werden;
 - (d) jeder teilnehmende ÜNB darf nur einen Optimierungsbereich mit anderen teilnehmenden ÜNB haben, der dem Imbalance-Netting unter allen LFR-Zonen der IN-Plattform vorausgeht;
 - (e) im Gegensatz zu Artikel 13 Absatz 7 Buchstabe d kann ein ÜNB zusätzliche Optimierungsbereiche mit anderen teilnehmenden ÜNB haben, wenn der zusätzliche Optimierungsbereich dieses teilnehmenden ÜNB entweder nur eine LFR-Zone eines LFR-Blocks enthält, wobei die FRR-Kapazität sowie die RR-Kapazität auf der Basis der Ungleichgewichte des LFR-Blocks gemäß Artikel 146 Absatz 9 der SO-Verordnung

berechnet werden, oder nur LFR-Zonen eines einzigen Synchrongebiets gemäß Artikel 146 Absatz 10 der SO-Verordnung enthält.

9. Die an einem Optimierungsbereich beteiligten ÜNB können gemäß der Governance, die in Artikel 8 beschrieben wird, der Entscheidungsfindung in Übereinstimmung mit Artikel 9 und der Kategorisierung von Kosten gemäß Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe b eine betroffene Region bilden.
10. Alle Optimierungsbereiche werden durch den Algorithmus der IN-Verfahrensfunktion der IN-Plattform optimiert.
11. Die Auswirkung der Optimierungsbereiche auf die einzelnen Nettovolumen aller teilnehmenden ÜNB muss regelmäßig überwacht und in Übereinstimmung mit Artikel 59 der EB-Verordnung gemeldet werden.

Artikel 14

Veröffentlichung und Umsetzung dieses INIF

1. Die ÜNB veröffentlichen diesen INIF gemäß Artikel 7 der EB-Verordnung unverzüglich, nachdem die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden eine Entscheidung gemäß Artikel 5 Absatz 7 und Artikel 6 Absatz 2 der EB-Verordnung getroffen hat.
2. Die ÜNB setzen den INIF gemäß Artikel 5 um.
3. Einen Monat vor Ablauf der Frist für die Umsetzung der IN-Plattform gemäß Artikel 5 veröffentlichen die beteiligten ÜNB eine Beschreibung des Optimierungsalgorithmus gemäß Artikel 12 Absatz 3 Buchstabe k der EB-Verordnung.

Artikel 15

Sprache

Die Referenzsprache für diesen INIF ist Englisch. Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass für den Fall, dass ÜNB diesen INIF in ihre Landessprache(n) übersetzen müssen, und für den Fall, dass Unstimmigkeiten zwischen der von den ÜNB gemäß Artikel 7 der EB-Verordnung veröffentlichten englischsprachigen Fassung und einer Fassung in einer anderen Sprache bestehen, die entsprechenden ÜNB verpflichtet sind, alle Unstimmigkeiten zu beheben, indem sie ihren jeweiligen Regulierungsbehörden eine überarbeitete Übersetzung dieses INIF übermitteln.